

In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17.) bei E. S. Krieger & Co. Breitestraße 20, in Grätz bei J. Krieger, in Referat bei H. Matthias, in Breschen bei J. Jachow.

# Posener Zeitung.

Einundneunzigster

Jahrgang.

In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei E. S. Krieger & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Anwaltsbank“.

Nr. 119.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4/5 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 46 Pf. Die Zeitungen nehmen alle Postanstalten des Reiches an.

Sonntag, 16. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

## Amstliches.

Berlin, 15. Febr. Der König hat die Gerichts-Assessoren Blau, v. Winterfeld, Dr. Ruchel, Vornberg und Freyland zu Amtsrathern, und den bisherigen ersten Lehrer am Seminar für Stadtschulen zu Berlin, Dr. Otto, zum Seminar-Direktor ernannt, sowie dem Kaufmann und Fabrikbesitzer Remy zu Wendorf den Charakter als Kommerzien-Rath verliehen.

Dem Seminar-Direktor Dr. Otto ist das Direktorat des Schul-Lehrer-Seminars zu Pommern verliehen worden.

Der Rechtsanwalt Driever zu Abau ist zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Hamm, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Abau ernannt worden.

Dem Thierarzt Schulte-Fredling zu Tiedenburg ist, unter Belassung an seinem gegenwärtigen Wohnorte, die kommissarische Verwaltung der Kreis-Thierärztsstelle des Kreises Tiedenburg übertragen worden.

Der Bergwerks-Direktor, Bergath Scheibke ist von Dierwald nach Arttern versetzt und zum Direktor der dortigen Saline an Stelle des ausgeschiedenen Salinen-Direktors Weisleder ernannt worden.

## Politische Uebersicht.

Posen, 16. Februar.

Unter dem Vorfige des Staatsministers v. Bötticher wurde am 14. Februar eine Plenarsitzung des Bundesraths abgehalten. Den ausländischen Ausschüssen wurden zur Vorberathung überwiesen die Gesetzentwürfe über die Unfallversicherung der Arbeiter und betreffend die Abänderung des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen: vom 7. April 1876, sowie ein Antrag wegen Wiederbesetzung der durch den Tod des Oberlandesgerichts-Vizepräsidenten Dr. v. Kibel erledigten Stelle eines Mitgliedes in der Kommission für den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches. Mit dem Antrage Oldenburgs wegen Genehmigung von Abweichungen von den in § 5 Ziff. 1 des Gesetzes betr. die Reichsriegshäfen, vom 19. Juni 1883 für die Vornahme von Arbeiten und Anlagen am Jadebusen vorgesehenen Grenzlinien war die Versammlung einverstanden; auch genehmigte dieselbe die Anträge der Ausschüsse in Betreff der Stempel-pflichtigkeit der Interimscheine der Börsen-Kommissionsbank zu Berlin und der Aktien der Spar- und Leihbank zu Döbeln.

Der Gesamtvorstand des Abgeordnetenhauses hat gestern beschlossen behufs Verhandlung über den Bau eines Geschäftsgebäudes die Abgg. Klesche (lib. Ver.), Loewe-Berlin (Fortschritt), Berger (Wilder), Hübner (nationallib.), v. Guene (Zentrum), Douglas (Freikons.), v. Hammerstein (Konserv.) und v. Magdzinski (Pole) zu kooptiren. Die Mitglieder werden heute die weiteren Grundzüge, nämlich eins am Schiffbauerdamm und das Graf Lehndorff'sche Grundstück, welche zum Kauf angeboten sind, in Augenschein nehmen.

Zu Ende dieses Monats haben die Provinzial-Schulkollegien und Regierungen dem Unterrichtsminister zu berichten, was in dem Jahre von Ende November 1882 bis dahin 1883 betreffs Herstellung und Einrichtung ausreichender Uebungsräume sowohl für das regelmäßige Schulturnen, als auch für den freieren Verkehr von Turn- und Jugendspielen hat erreichen lassen und was als gesichert für die demnächstige Ausführung angesehen werden kann. Es wird darauf ankommen, zu ermitteln, wo neue Turnhallen gebaut oder bereits vorhandene der Mitbenutzung für die Schulkinder geöffnet worden sind, wo sich Turn- und Spielplätze haben beschaffen lassen und neuerdings Anordnungen getroffen und ausgeführt worden sind, welche, abgesehen von den vorchriftsmäßigen Turnstunden, der leiblichen Erfrischung und Kräftigung der Jugend dienen. Hierbei erwartet der Minister auch eine Äußerung darüber, ob und welche Vortheile und Mängel bei der Ausführung seines Erlasses vom 27. Oktober 1882 hervorgetreten sind und welche Vorschläge zur besseren Erreichung des gesteckten Zieles etwa zu machen sind.

Das „Sonneberger Tageblatt“ bringt einen Wahlauf-zug für die Kandidatur des Senator Dr. Witte-Rostock, unterzeichnet von 140 angeführten Namen aus Sonneberg selbst und zahlreichen Namen aus 33 anderen Ortschaften. Weitere Unterschriften werden folgen. — Nach demselben Blatte wird Dr. Witte zum 22. d. M. dort erwartet.

Im bairischen Landtage hatte die liberale Mehrheit Anträge zu einer neuen Regelung des Verhältnisses gestellt, welche seit einigen Tagen in der Kammer verhandelt werden und für die sozialistischen „Reformbestrebungen“ dieser Partei sehr bezeichnend sind. Eine zuverlässige liberal-konservative Mehrheit im Reichstag würde ohne Zweifel auch im Reich bald mit ähnlichen Anträgen hervorkommen. Danach soll die bairische Gesetzgebung, welche in diesem Punkte ein Reservatrecht von offenbar sehr zweifelhaftem Werth besitzt die Befugnis der Gemeinde zum Einspruch gegen die Verehelichung wiederherstellen, und zwar unter Bedingungen, welche jeder Willkür Thür und Thor öffnen würden. Die Verehelichung soll u. A. verboten werden können, wenn der Mann oder die Braut während der letzten drei Jahre eine Verurtheilung wegen bestimmter Vergehen erlitten oder in diesem Zeitraum Armenunterstützung empfangen haben. Ferner soll die Verehelichung nach einem gestern gefassten Beschlusse verboten werden können, „wenn der geistliche Bestand

der zu gründenden Familie dadurch ausgeschlossen erscheint, daß der Mann oder die Braut mit einem körperlichen oder geistigen Gebrechen behaftet ist“ oder „wenn Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß der geistliche Bestand der zu gründenden Familie durch bauernden Mangel an Arbeitsamkeit, Nüchternheit oder Sparsamkeit ausgeschlossen ist.“ Ein Gesetzentwurf mit diesen Bestimmungen, die natürlich keine andere Wirkung haben würden, als die in Bayern ohnehin hohe Zahl der unehelichen Geburten zu vernehmen, hat eine Mehrheit von 82 gegen 64 Stimmen erhalten, und wenn er auch gewiß von der Regierung nicht angenommen werden wird, so bleibt er doch charakteristisch für die Sozialreform nach ultramontanem Rezept.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus fand in den letzten Tagen eine Art Sozialisten-Debatte nach dem bei uns hinlänglich bekannten Muster statt. Es handelte sich nämlich um den von der Regierung über Wien verhängten Ausnahmezustand, wovon das Ministerium die Pflicht hat, das Haus in Kenntniß zu setzen. Gestern, am Freitag, wurde die Debatte zu Ende geführt. Das offizielle Telegraphen-Bureau depeßirt darüber:

Wien, 15. Febr. Bei der Berathung über die Verordnung betreffend die zeitweilige Aufhebung der Geschwornengerichte erklärte der Minister Praxa, die Regierung sei sich ihrer Verantwortlichkeit wohl bewußt gewesen. Die Verordnung betreffe Details, welche von der anarchistischen Partei begangen werden könnten. Selbst von den Gegnern der Vorlage würden die machende Bewegung unter den Arbeitern, namentlich in Wien, und die von der Anarchistenpartei fundgegebenen Tendenzen eingeäumt. Der Zentralpunkt der Bewegung der anarchistischen Arbeiterpartei habe sich seit Erlaß des deutschen Sozialistengesetzes verschoben und Wien sei eines der lebhaftesten Zentren geworden, die Regierung habe mit der Anordnung von Ausnahmemaßregeln geögert und durch Aufklärung und Belehrung Erfolg zu erringen gehofft. Auf Wiener Neustadt sei die Maßregel nicht ausgedehnt worden, weil nur in den Gerichtsprängeln von Wien und Korneuburg Einschüchterungen der Geschwornen vorgekommen seien, es ergebe sich daraus, daß die Regierung nicht leichtsinnig vorgegangen sei. Eigenthümlich sei es, daß das die Verordnung unterstützende Gutachten des obersten Gerichtshofs bei der Minorität einen ziemlich gleichgültigen Eindruck gemacht habe, während sonst die Entscheidungen des obersten Gerichtshofs selbst in ganz gleichgültigen Fragen der Regierung wie ein Dogma entgegengesetzt würden; es falle Niemandem ein, das Institut der Schwurgerichte anzugreifen, das im ganzen übrigen Reiche in Wirksamkeit bleibe, gerade zum Schutze des Geschworneninstituts habe die Regierung die Verordnung erlassen müssen.

Nach den Neben der beiden Berichterstatter wurde der Antrag der Majorität des Ausschusses, die Regierungsverfügung betreffend die Ausnahmemaßregeln für die Gerichtsprängel Wien, Korneuburg und Wiener Neustadt für gerechtfertigt zu erklären und die Verordnung betreffend der Aufhebung der Geschwornengerichte zur Kenntniß zu nehmen, mit 177 gegen 137 Stimmen angenommen.

Aus Belgrad depeßirt man von gestern: Es zirkuliren Gerüchte über eine Ministerkrisis. Der serbische Gesandte in Wien, Garaschanin, welcher heute hier eintraf, ist zum König berufen worden.

Das englische Kabinet wehrt sich im Unterhause energisch und in den letzten Sitzungen geschickter als anfangs, gegen das ihm von der Opposition zugebachte Tadelvotum. Es liegen heute die folgenden neuen Nachrichten über den Gang der Debatte am Donnerstag vor:

Der Premier Gladstone erklärte, der türkische Botschafter, Musurus Pascha, sei noch ohne definitive Instruktionen über den von der Pforte bezüglich der ägyptischen Frage gewünschten Meinungsaustausch. Die englische Regierung verhebe unter dem Schutze des Litorals des Rothen Meeres im Allgemeinen den Schut eines jeden im Rothen Meere gefährdeten Hafens, die englische Regierung habe für ihre Aktion im Sudan vom Sultan keinerlei Auftrag erhalten, ihre Aktion aber so sorgfältig durchdacht, daß eine Verletzung etwaiger Rechte des Sultans im Sudan nicht denkbar sei. Der Kanzler der Schatzkammer, Childers, erklärte, die Kreditforderung für die ägyptische Expedition werde baldmöglichst vorgelegt werden.

In Bezug auf den Rosenpunkt mußte der Premier auf eine Anfrage erklären, die Kosten für die nach dem Sudan zu sendenden Truppen seien von England zu tragen. Der Frager scheint ein Engländer vom reinsten Wasser zu sein. Weit wichtiger und wirkungsvoller in Bezug auf die öffentliche Meinung dürfte die Darlegung des Programms sein, welches die Regierung in Bezug auf die Behandlung des Sudan der Öffentlichkeit übergeben hat. Das Telegramm, welches den Plan Gordon's inhaltlich kurz wieder-gibt, haben wir bereits mitgetheilt. Die früheren Sultane, das heißt die jetzigen Scheichs der Wüstenstämme, sollen „in ihre frühere Würde restituirt“ und ihnen völlige Freiheit gewährleistet werden. Die Goldbeutel, die General Gordon mit sich führt, werden dabei ihre bedeutsame Rolle zu spielen haben — allem Anscheine nach rechnet Gordon darauf, daß sich auch die Ausländischen gegen dieselben nicht unempfindlich zeigen werden. Selbst die Möglichkeit einer Unterhandlung mit dem Mahdi, die eine theilweise Anerkennung seiner Ansprüche zur Folge haben könnte, erscheint nicht ausgeschlossen. — Die konservative Opposition ihrer-seits läßt nichts unversucht, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Ein Telegramm meldet in dieser Hinsicht:

London, 15. Febr. In Guildhall fand heute Nachmittag

eine von dem hiesigen konservativen Verein einberufene Versammlung statt, um gegen die ägyptische Politik der Regierung Protest einzulegen. Die Versammlung zählte gegen 2500 Theilnehmer darunter mehrere Parlamentsmitglieder, und nahm mehrere Resolutionen an, in denen die von der Regierung in Ägypten verfolgte Politik als eine schwache und unentschiedene gemißbilligt wird.

Vom Kriegsschauplatz liegen die folgenden Nachrichten vor:

Kairo, 15. Febr. Die englische Regierung hat einen Antrag des General Wood, die ägyptische Armee mit der Expedition zum Ent-satze Solars kooperiren zu lassen, abschlägig beantwortet, mit der Motivirung, daß die ägyptische Armee lediglich für die Bertheiligung des eigentlichen Ägypten, worin der Sudan nicht einbezogen sei, angeworben sei. — General Graham wird mit dem letzten, nach Suakim bestimmten Truppentransport am Montag früh von Suez abgehen. — Aus Suakim von heute wird gemeldet, daß die hervorragenden Anführer derjenigen Stämme, welche sich neutral verhalten, an dem drei Stunden von Suakim entfernten Handul Well eine Versammlung abgehalten und beschlossen hätten, Osman Digma aufzufordern, ihr Gebiet zu respektiren, andernfalls würden sie gegen ihn kämpfen. — Kassala ist von den Insurgenten besetzt. — Eine Depesche des Kontradmiraals Gemett aus Suakim von heute Vormittag sagt, es gehe Alles gut, die erste Abtheilung der Marineinfanterie sei eingetroffen.

Nach alledem hat es den Anschein, als hätten im gegenwärtigen Augenblick die drehenden Wetterwolken begonnen, sich ein wenig zu lichten. — Wie der „Daily Telegraph“ erfährt, würde der für den Sudan geforderte Kredit 250,000 Pfd. Sterl. betragen.

## Briefe und Zeitungsberichte.

+ Berlin, 15. Febr. Die Reichstagssession rückt allmählich sehr in die Nähe. Wenn auch der Tag der Eröffnung noch nicht definitiv festgesetzt zu sein scheint, so fällt er doch ohne Zweifel in das erste Drittel des März. Der Bundesrath wird die größten Anstrengungen machen müssen, um das für den Reichstag bestimmte Arbeitsmaterial gleich von Anfang an in genügendem Umfang fertig zu stellen. Die bevorstehende Reichstagsession hat bekanntlich die ganz außergewöhnliche Eigenschaft, daß infolge der vorzeitigen Feststellung des Gats für 1884/5 ein Reichstagstag diesmal nicht vorgelegt wird. Zu der ausnahmsweise frühen Gatsfeststellung wurde der Reichstag, wie man sich erinnern wird, durch die eindringliche Mahnung einer kaiserlichen Botschaft bewogen, welche im Hinblick auf die sozialpolitische Gesetzgebung den Wunsch aussprach, die Session möchte von anderweitigen Arbeiten möglichst freigehalten werden. Damals dachte man noch an die Alters- und Invaliden-Versicherung der Arbeiter; inzwischen ist aber das sozialpolitische Programm für die nächste Session auf die einzige Unfall-Versicherungsvorlage eingeschrumpft, welche nun zum drittenmal in veränderter und, wie wir anerkennen, verbesserter Gestalt dem Reichstag zugehen, und hoffentlich endlich einmal zu einer Verständigung führen wird. Es wären dann mit dem Kranken- und Unfallversicherungsgesetz in der laufenden Legislaturperiode wenigstens zwei wichtige sozialpolitische Reformgesetze zu Stande gekommen. Nachdem der Bundesrath nunmehr in den Besitz der vollständigen Unfallversicherungsvorlage gekommen ist und dieselbe seinen Ausschüssen überwiesen hat, wird man erwarten dürfen, daß der Reichstag gleich zu Beginn seiner Thätigkeit diesen Gesetzentwurf vorfinden wird. Im übrigen wird sich die bevorstehende Reichstagsession voraussichtlich mit der Novelle zum Aktiengesetz zu beschäftigen haben, sowie mit einer neuen Auflage des Sozialistengesetzes, die zu sehr kritischen Entscheidungen führen wird. Unter den kleineren Vorlagen werden einige internationale Verträge kommerziellen und literarischen Inhalts von minder erheblichem Belang und eine Revision des Hilfskassengesetzes sich befinden. Ueber andere Vorlagen, von denen in der Presse gesprochen wurde, einen Nachtragsetat für Marinezwecke, die aus der vorigen Session bekannten Pensions- und Reliktengesetze u. A. scheint die Entscheidung noch auszu- stehen. Auf alle Fälle wird auch die bevorstehende Session, die letzte der zu Ende gehenden Legislaturperiode, wieder Arbeit und Aufregung in reichem Maße mit sich bringen.

Ueber die Abänderungen, welche in dem Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes im Vergleich mit den veröffentlichten Grundzügen vorgenommen worden, wird berichtet:

Es werden auch die Unternehmungen, welche kleine Motoren haben, in die versicherungspflichtigen Betriebe einbezogen und auch die fakultative Zulassung von Betriebsunternehmern mit einem 2000 Mk. nicht überschreitenden Jahres-Einkommen wird fest vorgeschlagen. Des Ferneren sollen die Befugnisse der Sektionen wesentlich erweitert und eine solche Dezentralisation des Verwaltungsgeschäftes der Berufs-genossenschaften vorgegeben werden, daß Schwierigkeiten kaum entstehen können. Die Bildung eines Reservefonds bis zur Höhe eines einjährigen Deckungsbedarfes soll zulässig sein. Die Arbeiteraus-schüsse, welche sich mit den Vorschriften, betreffend die Unfallver-sicherung, befassen, sollen unter Vorfig eines Beamten tagen und die-jenigen Personen, auf deren Mitwirkung bei der Feststellung eines Unfalles reflektirt wird, ein für alle Mal bezeichnert werden. Die Auf-seher der Betriebe sollen den Betriebsunternehmern gleichgestellt werden. Soweit Fabrik-Krankenkassen bestehen, soll ihnen die Festlegung der Ordnungsstrafen gegen Arbeiter, welche die Unfallversicherungsvor-schriften verletzen, übertragen werden.

— In Bezug auf die im preussischen Landtage zur Sprache gekommene Würzburger Duell-Angelegenheit



\* Allgemeine ornithologische Ausstellung. Dem unter dem Protektorate des Kronprinzen Erzerzog Rudolf vom 16. bis 22. April dieses Jahres in Wien tagenden ersten internationalen Ornithologen-Kongresse wird vom 4. bis 14. April eine







Druck und Verlag von: W. Deder & Co. (Eil Rößel) in Posen